

Einlauf und Zuweisungen

Präsidentin Doris Bures: Hinsichtlich der eingelangten Verhandlungsgegenstände und deren Zuweisungen verweise ich gemäß § 23 Abs. 4 der Geschäftsordnung auf die im Sitzungssaal verteilte Mitteilung.

Die schriftliche Mitteilung hat folgenden Wortlaut:

A. Eingelangte Verhandlungsgegenstände:

1. Schriftliche Anfragen: 14223/J bis 14361/J

Schriftliche Anfrage an den Präsidenten des Nationalrates: 67/JPR

2. Anfragebeantwortung: 13089/AB

Anfragebeantwortung (Präsident des Nationalrates): 58/ABPR

B. Zuweisungen in dieser Sitzung:

zur Enderledigung im Sinne des § 28b GOG (vorbehaltlich der endgültigen Entscheidung des Ausschusses):

Ausschuss für Wirtschaft, Industrie und Energie:

Bericht nach § 3 Abs. 5 des Bundesgesetzes über die Errichtung des COVID-19-Krisenbewältigungsfonds und § 1 Abs. 5 des Bundesgesetzes über die Errichtung eines Härtefallfonds für Jänner 2023, vorgelegt vom Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft (III-895 d.B.)

Ankündigung eines Dringlichen Antrages

Präsidentin Doris Bures: Der FPÖ-Klub hat gemäß § 74a Abs. 2 der Geschäftsordnung vor Eingang in die Tagesordnung das Verlangen gestellt, den

zum gleichen Zeitpunkt eingebrachten Selbständigen Antrag 3170/A(E) der Abgeordneten Hafenecker, Kolleginnen und Kollegen betreffend „Nein zur ORF-Steuer!“ dringlich zu behandeln.

Gemäß der Geschäftsordnung wird der Dringliche Antrag um 15 Uhr behandelt werden.

Fristsetzungsantrag

Präsidentin Doris Bures: Weiters teile ich mit, dass die Abgeordneten Holzleitner, Kolleginnen und Kollegen beantragt haben, dem Ausschuss für Arbeit und Soziales zur Berichterstattung über den Antrag 3146/A eine Frist bis 28. März zu setzen.

Ferner liegt das von fünf Abgeordneten gemäß § 43 Abs. 3 der Geschäftsordnung gestellte Verlangen vor, eine kurze Debatte über diesen Fristsetzungsantrag durchzuführen.

Verlangen auf Durchführung einer kurzen Debatte über die Anfragebeantwortung 12964/AB

Präsidentin Doris Bures: Außerdem teile ich mit, dass das gemäß § 92 der Geschäftsordnung gestellte Verlangen vorliegt, eine kurze Debatte über die Beantwortung 12964/AB der Anfrage 13404/J der Abgeordneten Schrangl, Kolleginnen und Kollegen betreffend „Keine zweite BUWOG – Nein zu Anlegerrwohnungen im gemeinnützigen Wohnbau und der schleichenden Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit!“ durch den Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft abzuhalten.

Da für die heutige Sitzung die Behandlung eines Dringlichen Antrages verlangt wurde, gelangt gemäß § 57b Abs. 1 der Geschäftsordnung nur eine kurze Debatte zum Aufruf.

Da die letzte aufgerufene kurze Debatte auf Verlangen von Abgeordneten des freiheitlichen Klubs länger zurückliegt als jene auf Verlangen von Abgeordneten des sozialdemokratischen Klubs, gelangt die von Abgeordneten des freiheitlichen Klubs verlangte kurze Debatte zum Aufruf, und zwar im Anschluss an die Behandlung des Dringlichen Antrages. (Abg. **Wurm**: Ätschi, bättschi!)

Der Fristsetzungsantrag der Abgeordneten Holzleitner, Kolleginnen und Kollegen betreffend Antrag 3146/A wird nach Beendigung der Verhandlungen in dieser Sitzung zur Abstimmung gebracht werden.

Fristsetzungsanträge

Präsidentin Doris Bures: Weiters teile ich mit, dass die Abgeordneten Lindner, Kolleginnen und Kollegen beantragt haben, dem Justizausschuss zur Berichterstattung über den Antrag 1523/A eine Frist bis 1. Juni zu setzen.

Weiters teile ich mit, dass die Abgeordneten Becher, Kolleginnen und Kollegen beantragt haben, dem Bautenausschuss zur Berichterstattung über den Antrag 3090/A eine Frist bis 3. März zu setzen.

Weiters teile ich mit, dass die Abgeordneten Stefan, Kolleginnen und Kollegen beantragt haben, dem Justizausschuss zur Berichterstattung über den Antrag 293/A eine Frist bis 28. März 2023 zu setzen.

Schließlich teile ich noch mit, dass die Abgeordneten Kaniak, Kolleginnen und Kollegen beantragt haben, dem Gesundheitsausschuss zur Berichterstattung über den Antrag 3104/A eine Frist bis 2. März zu setzen.

Diese Anträge werden gemäß der Geschäftsordnung nach Beendigung der Verhandlungen in dieser Sitzung zur Abstimmung gebracht werden.

Behandlung der Tagesordnung

Präsidentin Doris Bures: Es ist vorgeschlagen, die Debatten über die Punkte 16 und 17 der Tagesordnung zusammenzufassen.

Ich frage, ob es dagegen einen Einwand gibt? – Das ist nicht der Fall.

Redezeitbeschränkung

Präsidentin Doris Bures: Zwischen den Mitgliedern der Präsidialkonferenz wurde Konsens über die Dauer der Debatten erzielt. Demgemäß wurde eine Tagesblockzeit von 9,5 „Wiener Stunden“ vereinbart, sodass sich folgende Redezeiten ergeben: ÖVP 185, SPÖ 128, FPÖ 105, Grüne 95 sowie NEOS 76 Minuten.

Gemäß § 57 Abs. 7 der Geschäftsordnung beträgt die Redezeit für die gesamte Tagesordnung von jenen Abgeordneten, die keinem Klub angehören, je 38 Minuten. Darüber hinaus wird deren Redezeit auf 5 Minuten je Debatte beschränkt.

Wir kommen somit gleich zur **Abstimmung** über die soeben dargestellte Redezeitvereinbarung.

Ich ersuche Sie um ein Zeichen der Zustimmung. – Das ist **einstimmig angenommen**.

Wir gehen in die Tagesordnung ein.